

Große Anfrage

der Abgeordneten Hans Martin Bury, Gerd Andres, Klaus Barthel, Lilo Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Edelgard Bulmahn, Angelika Graf (Rosenheim), Günter Graf (Friesoythe), Klaus Hagemann, Dr. Ingomar Hauchler, Monika Heubaum, Frank Hofmann (Volkach), Eike Maria Anna Hovermann, Lothar Ibrügger, Jann-Peter Janssen, Ernst Kastning, Klaus Kirschner, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Christine Kurzhals, Robert Leidinger, Dieter Maaß (Herne), Dr. Edith Niehuis, Adolf Ostertag, Gerhard Rübenkönig, Siegfried Scheffler, Dr. Angelica Schwall-Düren, Rolf Schwanitz, Horst Sielaff, Dr. Peter Struck, Ute Vogt (Pforzheim), Lydia Westrich, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Postfilialen

Die Deutsche Post AG zieht sich zunehmend aus der Fläche zurück. Unternehmenseigene Postfilialen werden in großer Zahl sowohl auf dem Lande als auch in Ballungsgebieten geschlossen. Eine Flut von Beschwerden betroffener Bürgerinnen und Bürger ist die Folge dieser von der Deutschen Post AG als „Optimierung des Filialnetzes“ beschriebenen Vorgehensweise. Dazu erklärt der Bundesminister für Post und Telekommunikation: „Zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen und der Vertriebsstruktur ist die Optimierung des Filialnetzes eine der dringlichsten Aufgaben. Grundlage für diese Herausforderung, aber auch Verpflichtung, sind Gesetze und Verordnungen sowie nicht zuletzt eine vom Deutschen Bundestag im Jahre 1981 verabschiedete Richtlinie ‚Postversorgung auf dem Lande‘“ (Deutsches Handwerksblatt, 30. April 1993).

Mit dem Konzept zur Postversorgung auf dem Lande wurden Einzelheiten für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen festgelegt. Dies gilt insbesondere für Regelungen zur Einrichtung, Beibehaltung und Schließung ortsfester Poststellen, die Eckpfeiler der Postversorgung auf dem Lande bleiben sollten. Zur Sicherstellung eines flächendeckenden angemessenen und ausreichenden Dienstleistungsangebotes im Postwesen ist der Bund nach der Postreform II laut Artikel 87f GG grundgesetzlich verpflichtet. Die Bundesregierung ist aufgefordert sicherzustellen, daß die Deutsche Post AG sowohl in der Fläche als auch in Ballungsgebieten mit Postfilialen bzw. -agenturen in ausreichender, kundenfreundlicher Weise vor Ort präsent ist.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie viele unternehmenseigene Postfilialen sind seit 1983 geschlossen worden?
2. Welche Anzahl von unternehmenseigenen Postfilialen hält die Bundesregierung im Hinblick auf die grundgesetzlich zu gewährleistende flächendeckende Bereitstellung angemessener und ausreichender Postdienstleistungen für erforderlich?
3. Wie viele Postagenturen sollen zusätzlich zu den unternehmenseigenen Postfilialen eingerichtet werden?
4. Welche postalischen Dienstleistungen werden von Agenturen angeboten?
Wie unterscheidet sich dieses Angebot von dem unternehmenseigener Postfilialen?
5. Wie werden die Leistungen der Postagenten vergütet?
Treffen Aussagen zu, daß potentielle Postagenten die Übernahme einer Agentur abgelehnt haben, weil die von der Post angebotene Vergütung als nicht ausreichend angesehen wurde?
6. Gibt es neben dem Agenturkonzept zum Ersatz von unternehmenseigenen Postfilialen andere Planungen der Deutschen Post AG, beispielsweise Überlegungen zur Einführung von Franchise-Systemen?
7. Sind die Vorgaben des Konzeptes zur Postversorgung auf dem Lande, insbesondere zur Schließung und zur Einrichtung von Postfilialen, für die Deutsche Post AG ebenso rechtsverbindlich, wie sie für die Deutsche Bundespost waren?
8. Auf welche Weise und mit welchen Instrumenten will die Bundesregierung für den Fall, daß die Vorgaben des Konzeptes zur Postversorgung auf dem Lande für die Deutsche Post AG keine rechtsverbindliche Verpflichtung mehr darstellen, eine flächendeckende, angemessene und ausreichende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherstellen?
9. Nach welchen konkreten Vorgaben werden Postfilialen auf dem Lande und in Ballungsgebieten geschlossen?
10. Unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Kriterien werden bei Schließung ortsfester Poststellen Landzusteller, fahrbare Postschalter oder Agenturen eingerichtet?
11. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Vorgaben des Konzeptes für die Postversorgung auf dem Lande, z. B. im Hinblick auf die vorgeschriebene Grundarbeitszeit bzw. den Einzugsbereich (2000 m), nicht eingehalten wurden?
12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Einhaltung der entsprechenden Vorgaben zu gewährleisten?
13. Treffen nach Auffassung der Bundesregierung Darstellungen zu, daß die Deutsche Post AG Postfilialen schließt, ohne daß,

- wie im Konzept vorgesehen, die Bürger rechtzeitig unterrichtet werden bzw. das Benehmen mit den betroffenen Gemeinden über beabsichtigte Maßnahmen hergestellt wird?
14. Wie viele Mitarbeiter der Post waren bisher und werden in Zukunft von der Schließung von Poststellen betroffen?
15. Ist sichergestellt, daß für die bisher und künftig von Schließungen von Postfilialen betroffenen Mitarbeiter sozial verträgliche Regelungen im Einvernehmen mit den jeweiligen Mitarbeitern, ihren Personalvertretungen und Gewerkschaften Anwendung finden?
16. Was hat die Bundesregierung bzw. die Deutsche Post AG konkret unternommen, um die Inanspruchnahme und die Akzeptanz von Postfilialen durch die Kunden z. B. durch kundenfreundliche Öffnungszeiten und zusätzliche außerpostalische Dienstleistungen zu verbessern
17. Was hat die Bundesregierung unternommen, um die vom Deutschen Bundestag geforderte Beibehaltung und Weiterentwicklung des Vertriebsverbundes von Deutsche Post AG und Postbank AG (gemeinsame Schalturnutzung), die für die Sicherstellung einer flächendeckenden postalischen Grundversorgung der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet von großer Bedeutung ist, zu sichern und auszubauen?

Bonn, den 27. September 1995

Hans Martin Bury

Gerd Andres

Klaus Barthel

Lilo Blunck

Dr. Ulrich Böhme (Unna)

Arne Börnsen (Ritterhude)

Edelgard Bulmahn

Angelika Graf (Rosenheim)

Günter Graf (Friesoythe)

Klaus Hagemann

Dr. Ingomar Hauchler

Monika Heubaum

Frank Hofmann (Volkach)

Eike Maria Anna Hovermann

Lothar Ibrügger

Jann-Peter Janssen

Ernst Kastning

Klaus Kirschner

Walter Kolbow

Horst Kubatschka

Christine Kurzhals

Robert Leidinger

Dieter Maaß (Herne)

Dr. Edith Niehuis

Adolf Ostertag

Gerhard Rübenkönig

Siegfried Scheffler

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Horst Sielaff

Dr. Peter Struck

Ute Vogt (Pforzheim)

Lydia Westrich

Rudolf Scharping und Fraktion

